

Antrag

der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Mag. Scharfetter und HR Prof. Dr. Schöchel betreffend die Einbindung der Länder in der Umsetzung des nationalen Aufbau- und Resilienzplans

Die COVID-19-Pandemie hat in Österreich gleichsam wie im gesamten EU-Raum schwere Schäden verursacht. Aus diesem Grunde hat sich die Europäische Union bekanntermaßen im Rahmen des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027 sowie darüberhinausgehend mit dem Aufbauplan „Next Generation EU“ (NGEU) deutlich dazu bekannt, mit massivem finanziellen Einsatz die schnellstmögliche wirtschaftliche und soziale Erholung der Mitgliedstaaten sicherzustellen. So stehen den EU-27 für die nächsten 7 Jahre € 1,074 Bio. zur Verfügung, sowie aus dem NGEU zusätzliche € 750 Mrd. aus nicht zurückzuzahlenden Zuwendungen bzw. Krediten.

Der Grundpfeiler von NGEU ist die Aufbau- und Resilienzfazilität (RRF), die die Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie an nachstehenden Grundsätzen und Zielvorstellungen anstrebt: Übergang zu einer grünen Wirtschaft, digitaler Wandel; wirtschaftlicher Zusammenhalt; Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit; sozialer und territorialer Zusammenhalt; Resilienz in den Bereichen Gesundheit, Wirtschaft, Soziales und institutioneller Ebene und Strategien für die nächste Generation.

Aus der Aufbau- und Resilienzfazilität stehen Österreich insgesamt Zuschüsse idHv rund € 3,5 Mrd. zur Verfügung, Österreich hat im April 2021 fristgerecht seinen nationalen Aufbau- und Resilienzplan (ARP) bei der EU-Kommission eingereicht, um die Förderungen aus diesem Titel abrufen zu können. Dieser ARP wurde, initiiert unter LH Dr. Haslauer als Vorsitzenden der LH-Konferenz im zweiten Halbjahr 2020, in enger Abstimmung mit den Bundesländern erarbeitet, die auf diesem Weg unverzichtbare Beiträge zur Finanzierung ihrer regionalen Investitionsvorhaben nach der inhaltlichen Maßgabe des NGEU sicherstellen konnten. Aus Sicht des Landes Salzburg seien diese auszugswise wie folgt wiedergegeben: Ausbau und Modernisierung der Salzburger Lokalbahn, Ausbau und Modernisierung der Pinzgauer Lokalbahn, Landesdienstleistungszentrum, Breitbandausbau, Sanierung und Erweiterung der Festspielhäuser, Neubau Uni Mozarteum mit Schwerpunkt auf Digitalisierung, das neue Traumazentrum in der SALK, Masterplan Klima und Energie, der Reparaturbonus, Strukturentwicklung der kommunalen Abfallwirtschaft, Digitalisierungsoffensive für die Salzburger Wirtschaft etc.

Da diese richtungsweisenden Vorhaben von immenser Bedeutung für Salzburg sind, ist auch weiterhin eine enge Abstimmung zwischen Bundesländern, Bundesregierung und der EU-Kommission im Hinblick auf die Umsetzung des nationalen Aufbau- und Resilienzplans unverzichtbar.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

1. Die Salzburger Landesregierung wird ersucht, die Bundesregierung aufzufordern sicherzustellen, dass die Bundesländer zeitnah über den Fortgang der Umsetzung des nationalen Aufbau- und Resilienzplans informiert und eingebunden werden.
2. Der Salzburger Landtag bekennt sich dazu, dass den Ländern aus dem Österreich zuerkann-ten Betrag der Aufbau- und Resilienzfazilität für eigene Projekte jedenfalls 17 % (dies ent-spricht dem Länderanteil am EU-Beitrag Österreichs) mindestens jedoch € 500 Mio. zu-stehen.
3. Dieser Antrag wird dem Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen zur wei-teren Beratung, Berichterstattung und Antragstellung zugewiesen.

Salzburg, am 2. Juni 2021

Dr.ⁱⁿ Pallauf eh.

Mag. Scharfetter eh.

HR Prof. Dr. Schöchl eh.